

Illustrierte Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 378.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1903.

Verlags- und Druckerei-Gesellschaft, Halle a. S., Leipzigerstr. 87, hinterhaus.
Telephon Nr. 188. Eingang Dr. Straßburger.
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft, Halle a. S., Leipzigerstr. 87, hinterhaus.
Telephon Nr. 188. Eingang Dr. Straßburger.

Zweite Ausgabe

Abgabe 25 Hg. Vierteljahrs 83 Hg. Bestellen am Schluß des vorletzten Monats bis zum 15. Hg. im Voraus. Anzeigen- und Inserat-Preise sind in der Druckerei zu erfragen.

Freitag, 14. August 1903.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 3.
Telephon-Num. VII Nr. 11. 494.
Druck und Verlag von Otto Zschelle in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 14. August.

Ein mehrwöchiger „Rationalismus“

Ob Herr Dr. Barth nach den letzten Erfolgen der Sozialdemokratie und dem Niedergange gerade der freisinnigen Vereinnahmung immer noch der Meinung ist, daß die Sozialdemokratie diejenige Partei sei, welche gegenwärtig das Banner des Rationalismus am erfolgreichsten vorantreibt? Der Rationalismus, wie ihn die Partei des Rationalismus selbst definiert, aufgeführt wissen wollen, betont das Recht der Persönlichkeit, die Achtung vor der eigenen Überzeugung und den Schutz der freien Meinung. Freilich, wie oft haben die „Liberalen“ gegen diese Ziele des Rationalismus gesündigt, indem sie nicht inflexible waren, die Theorie jener Grundzüge auf die Praxis der Gegenwart anzuwenden! Gleichwohl, wenn Herr Barth das innerste Wesen der Sozialdemokratie einigermaßen unbefangenen prüft, so muß er finden, daß dasselbe in allen seinen Ausprägungen den reinen Sobrius auf jene Postulate des Rationalismus darstellt. Blinde Verehrer der Sozialdemokratie werden entgegennehmen, keine Partei ist heute so wenig, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, wie die Sozialdemokratie, und keine Partei deckt sich so leicht mit öffentlichen Schanden auf wie die „Genossen“; sie verdient deshalb das Prädikat liberal im höchsten Maße. Genüß, von keiner Seite wird lieber Schmutz aufgewischt wie von der Sozialdemokratie, und es soll nicht geleugnet werden, daß es dem Spionagesystem der revolutionären Partei mehr als einmal gelang ist, allerhand skandalöse Affären zuerst ans Licht zu ziehen. Doch auf die Frage nach Zweck und Ziel dieser Treibereien, deren Urheber und Akteure bekanntlich vor keinem Mittel — und bei der Diebstahl-Praxisen Schriftsätze zurückweichen, nicht nicht, die Antwort lautet, es geht um den Erwerb von der lautenen Macht, sei also ein Ehrgeiz, „Rationalismus“; vielmehr wird sich die Frage ergeben, daß der Sozialdemokratie wird um des Standes willen, daß man durch derartige „Moralisierungen“ und ihre Verhängnisse das Gebilde des herrschenden Staates unterminieren will, daß also das ganze System der Ablogung von Schanden und Missethäter am Körper der Gesellschaft nach der richtigeren Kräfte nach Macht bedeutet. In dem so groß und weitläufig gewordenen Gesamtgebilde der Sozialdemokratie fehlt es doch sicherlich auch nicht an Gebreden und in der von der Sozialdemokratie vertretenen Arbeiterklasse gibt es der sozialen Fortschritts-erscheinungen die Menge. Doch wie aber ist es den „Genossen“ in Parlament und Presse eingeleitet, vor der lautenen Fäulnis zu stehen. Für sie ist die Würdigkeit und Niedrigkeit bei den bestehenden und gebildeten Klassen wohlhaft, in der Arbeiterklasse dagegen herrscht neben dem tiefsten Elend zugleich der höchste Elendtum. Und eine Partei, die die Aufgeklärtheit par excellence sein und wahrhaft liberal denken will, sollte bei allen ihren Ausprägungen des weichen Diktatorwortes nicht verfahren: Die Welt ist vollkommen liberal, wo der Mensch nicht hinterkommt mit seiner Dual. Sie müßte — um banaler zu sprechen — berücksichtigen, daß in allen Klassen und Ständen nur mit Wasser geteilt wird, und daß täglich die Bestiolen den Kapitalisten nichts ungeden in ihren Verfassungen, denen das Menschengeschlecht überhaupt unterworfen ist. Das wäre Rationalismus, nicht wahr, Herr Barth? Und wie mit der einseitigen Unbilligkeit nachzugehen, so sieht es bei der Sozialdemokratie im Inneren ihres Parteitagungs aus. Würde sie von wirklich liberalen und freisinnigen Grundgedanken beherzt, so müßten die oben genannten Bestiolen des Rationalismus auch besonders für die Art und Weise der Meinungsäußerung der Genossen untereinander gelten. Man weiß indessen, daß hier die schärfste Zynismus geist ist, daß ein jeder nach der Weise der Parteiparole zu tanzen hat, und wenn er einmal nicht ganz mittun will, sans façon aus dem Gehege der Partei hinausgeworfen wird. Nicht einmal der Satz gilt, daß was dem einen recht, dem anderen billig ist. Entwürft sich der Staat eines Beamten, den plötzlich angereicht sich zur Sozialdemokratie bekennt, also Grundzüge verfolgt, die gegen seinen Verstand verstoßen, so erhebt sich in der sozialdemokratischen Presse das übliche Geheul von der Intoleranz des preussischen Staates. Umgekehrt aber bildet die Sozialdemokratie keinen Genossen, der auch nur wagen würde, bei einer Godausbringung auf den König aufzuführen. Ist das immer noch Rationalismus, Herr Barth? Doch noch viel ärger! In dem Organ der Sozialdemokratischen Verbände lesen wir, daß die „Genossen“, wenn sie beim Meere sitzen, den Wellen sogar auffordern, sich darüber auszuweiden, ob er Sozialdemokrat sei. Kann man den Despotismus weiter treiben? Hoffentlich läßt sich Herr Barth herbei, seine oben angeführte Meinung etwas zu korrigieren.

Aus den Kolonien.

Die englischen Zeitungen und die unter englischen Einflüssen lebenden Bureaupläter überbieten sich in Worten von Niederlagen in Deutsch-Ostafrika. Sie verweisen auf den deutschen Bureauführer und andere eine gesunde Entwicklung der Kolonie hemmende und den Wohlstand der Ansiedler schädigende Erscheinungen und veralgemeinern jeden Mißgriff einzelner Beamten, um die Zustände in der unteren Kolonie als trostlos hinzustellen zu können. Um so sympathischer muß es be-

reihen, jetzt aus der Feder eines Buren ein höchst erfreuliches Urteil über Deutsch-Ostafrika lesen zu können. Es ist der Transvaaler „Reynard“, der mit einem Aufsatze in der „Deutsch-Ostafrika Zeitung“ uns für manches entschuldigend, was an unzutreffenden und tendenziösen Darstellungen über Deutsch-Ostafrika gedrängt worden ist. Sein Lob erstreckt sich nicht nur auf die Bodenbeschaffenheit, sondern sogar auf das Vorgehen der deutschen Verwaltung. Er hat zunächst eine Reihe von Tanganyika-Platz quer durch den Bezirk Langenburg zum Mphofo-See unternommen, um dieses Land auf seine Zweckmäßigkeit für Burenanfiedlungen zu erforschen, und obwohl dieser Bezirk wiederholt als „übliches Paradies“ gerühmt wurde, räumt er ein, daß hinsichtlich der Fruchtbarkeit des Bodens und der Art der Regierung seine Erwartungen noch übertraffen worden sind. Aus das schöne Bafontsland hat er aufgesucht. Bei diesem Prell ist die günstigen Ausichten auf lohnende Viehzucht, den Wald- und Mühlereichtum und das aus Europaer zugehende Klima. Hoffen wir, daß sein denage begünstigtes Lob-Urteil über Deutsch-Ostafrika auch praktische Folgen hat und als Ergebnis die Anweisung tüchtiger Buren nach sich zieht.

Wundererfreuliche Nachrichten kommen aus Samoa. Dort hat sich zwischen dem Gouverneur und einem erheblichen Teile der Kolonisten ein wenig erquicklicher Streit aufgetan, der seine Spitze namentlich gegen den dortigen Pfanzerverein und seinen Vorsitzenden Herrn Dedon richtete. In einem Eingelafte der „Samoa-Zeitung“ vom 11. Juli war Herr Dedon aufgefordert worden, den Vorsitz im Pfanzerverein niederzulegen; dann sollten die Mitglieder freien Zutritt erhalten und abendrein noch durch die Ehrenmitgliedschaft des Gouverneurs ausgezeichnet werden. Der Pfanzerverein stellte aber seinem Vorsitzenden, der sich überdies bereit erklärte, auf Verlangen der Mitglieder sein Amt abzutreten, ein Vertrauensvotum aus und behauptete zugleich, daß der Verein durch private Neidereien von rein wirtschaftlichen auf das politische Gebiet gedrängt worden wäre. Andererseits haben sich, wie bereits mitgeteilt, eine Reihe von Pfanzern, die offensichtlich dem Gouverneur näher stehen, zu einer Erklärung veranlaßt gesehen, in der sie ihre Entzürzung darüber aussprechen, daß nach Nachrichten deutscher Zeitungen „neue Anstimmungen“ über diese Verhältnisse unter unwahren Behauptungen abfällig auszusprechen.“ Nach den wenigen uns vorliegenden Mitteilungen ist es unmöglich, zu entscheiden, wie Recht und Unrecht auf beiden Seiten verhält ist. Man kann nur wünschen, daß die Farmer auf Samoa das bestmögliche Ergebnis der Uneinigkeit mit Nachdruck bekämpfen und daß beide Parteien Entgegenkommen üben, damit der Streit nicht dauernd wird zum Schaden der Kolonie und des Mutterlandes.

Betriebend jüngeren lauten wieder die Nachrichten aus dem Bismarck-Archipel, betriebend insofern, als, wie jetzt als feststehend gelten darf, durch die Wachsamkeit unserer nationalen Presse ein fester Rückzug englischer Gebiete auf deutsches Kapital unmöglich geworden ist. Wir haben uns wiederholt mit der „Deutsch-australischen Neu-Guinea-Gesellschaft“ beschäftigt und unsere Kolonialverwaltung erludt, dieser Gesellschaft die Konzession zu verweigern. Was jetzt noch bekannt ist, zeigt uns herabgesetzt unsere Maßnahmen waren. Der Direktor jener Gesellschaft, Herr von Blannitz, freilich hatte bis vor kurzen den Mut, in Berichtigungen an alle möglichen Mütter das Vorgehen der „Deutsch-australischen Neu-Guinea-Gesellschaft“ zu bekräftigen. Die deutschen Träger des Projekts seien nicht Stromänner mächtiger australischer Firmen, die Gesellschaft wolle das Land kaufen und es sich von der deutschen Regierung nicht leihen lassen, von einem Arbeitermangel in dem angegebenen Maße könne im Archipel nicht die Rede sein usw. Nun haben sich aber die „All. W.“ das Verdienst erworben, notarielle Erhebungen in Australien zu veranlassen und so wird jetzt unsere frühere Darstellung der Verhältnisse durch den Autor Mitteilung zu Brisbane, Queensland, in allen wesentlichen Punkten vollst. bestätigt. Die „All. W.“ lassen ihr Urteil dahin zusammenfassen:

„Dann eine deutsche Gesellschaft, die ein sehr erhebliches Kapital in unserer Kolonie anlegen will, eine Konzession ausstellen kann, die das Auswärtige Amt ihr direkt doch oben so gut geben würde, wie dem Herrn v. Blannitz und Genossen, muß sie zuerst an einige deutsche und englisch-australische Herren in Brisbane eine Abgabe von mehreren Hunderttausend Mark zahlen. Herr v. Blannitz und seine Freunde können dann der weiteren Entscheidung der neuen Gesellschaft in aller Ruhe entgegengehen, denn ihr Geschäft haben sie dabei schon im Exzedenz. Man wird nicht leugnen können, daß dies alles nicht nur nach Befriedigung Stralitz mit dem deutschen Werke als umgekehrt aussieht. Sie können leicht den Herren in Brisbane aber wohl die Zeitung der neuen Gesellschaft, die von Australien aus betrieben werden soll. Dann kann die Befriedigungsbürokratie beginnen. Die armen weissen Sklaven, die nach dem Schutzbüro geht werden sollen, werden für solches im Schutze ihres Angefichts aufzunehmen haben: 1. die Kosten ihrer Unterbringung und des Lebensunterhalts bis zur ersten Ernte, 2. die Aufwendungen, die die Gesellschaft im Konfessionsgebiete selbst gemacht hat, 3. den Kaufpreis für das Land an die Regierung, 4. die Dividende der Gesellschaft, 5. die oben dargelegten, sagen wir, „Erntungsgebühren“ der Gesellschaft.“

Wir nehmen als selbstverständlich an, daß diese Verhältnisse im Reichstage ausgiebig erörtert werden. Aus diesen Verhandlungen wird unsere Kolonialverwaltung lernen, daß sie künftig derartigen Gesellschaften mit größerem Mißtrauen entgegenzutreten muß als bisher.

* **Verziehung des Kronrats.** Der für Donnerstag vor-mittag angelegte Kronrat ist auf Freitag verschoben worden. In den Donnerstags-Vormittagsstunden fand zunächst auf Einladung des Grafen Bülow eine Besprechung der Minister mit dem Reichspräsidenten statt. Graf Bülow hatte sodann im Privat-vortrag dem Kaiser. Hierzu begab er sich nach Willburg, wo er am 12. Uhr 45 Minuten mittags eintraf. Der Vortrag fand im Neuen Palais statt. Graf Bülow wurde Johann von Kaiser zur Mittagsstunde geladen, ebenso der Chef des Zivilkabinetts Geheimrat von Uexküll. Am Vormittag hatte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts entgegengenommen. Bei dem Kronrat am Freitag dürfte es sich vorwiegend um eine Ausprägung über rein technische Fragen handeln, zur wirksamen Verhinderung von Katastrophen, wie sie diesmal über Schlesien und Polen heringebrochen sind.

* **Landtag und Aufregungen.** Ganz in unserem Sinne tritt auch die Berliner „Post“, das führende Organ der freisinnigen Partei, für die Einberufung des preussischen Landtages im November und die Voranstellung der Aufregungen vor allen anderen Wasserbauprojekten ein, indem sie schreibt:

Der Kronrat, welcher demnach über die Fragen des Hochwasserbeschusses und der Hochwasserfahrten verhandelt hat, wird voraussichtlich auch zu erörtern haben, welche bezüglichen Vorlagen für den nächsten Landtag in Aussicht zu nehmen sind. Dabei dürfte man auch die Frage, wann die nächste Landtagssession zu beginnen haben wird, nicht außer Betracht lassen. Wird der Landtag, wie er den letzten Jahren regelmäßig, erst Mitte Januar einberufen, so müssen bereits rechtzeitig Feststellungen des Staatsbauministeriums die ersten beiden Monate der Landtagssession nahezu ausschließlich auf die Staatsverhandlungen verwendet werden; darüber läßt sich wohl die eine oder andere erste Lösung einer Vorlage erledigen, größere gesetzgebende Arbeiten können aber nicht zum Abschluß gebracht werden; meistens wird es nicht einmal für die Sessionenbestimmungen neben den Staatsverhandlungen Kraft und Zeit genug übrig. Vorlagen von Bedeutung können daher regelmäßig erst nach der Oberpause in Angriff genommen werden, und über Beschäftigung nicht bis abwärts bis in den Sommer hinein. Das bedeutet aber, was es sich um Voraussetzungen handelt, den Reichstag eines ganzen Jahres hindurch, während es doch bei Maßnahmen zur Vermeidung von Hochwasserfällen unerlässlich ist, keine Zeit zu verlieren, sondern so rasch als irgend möglich die betreffenden Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Im parlamentarischen System ist es man haben ersehen, ob es sich nicht empfehlen möchte, dem Reichstag (sonst) im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen den Landtag bereits im November einberufen, und die Landtagssession entsprechend früh vorzunehmen. Man würde dann namentlich auch in der Lage sein, die völlig irrtümlichen Pläne wegen Verbesserung der Hoflinien an der unteren Oder, der unteren Spree und der Spree so frühzeitig zu erkennen, wie dies nach Lage der Dinge möglich und angebracht ist. Jüngere Erfahrungen auf diesem Gebiete geradezu geboten ist. Freilich müßte dann auf die Verbindung dieser Aufregungspläne mit der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage verzichtet werden. Man würde alsdann in bezug auf die Presse, welche an dem Witterungsplan politische Spekulationen zu heiligen liebt, dem Vorwurfe begegnen, daß damit den bisherigen Gegnern der Kanalpläne der Regierung gestattet würde, die Diskussion aus dem Saufen vorweg zu nehmen, und daß demnach das Reichstag ein solches Vorgehen die Auslichten der wasserwirtschaftlichen Vorlage verheerend werden müßten. Nach den Erfahrungen, welche bisher mit Rücksicht auf dieser Seite gemacht worden sind, dürfte man wohl aber auch immerhin die Staatsregierung diesen Behaupten fast alle großen Gewicht belegen. Dieser hat sich bei dem jener Seite empfindliche Laufen in der Kanalfrage regelmäßig als völlig berechtigt erwiesen, und die Staatsregierung hat sich, wenn immer sie sich in deren Bestimmung bezeugen und die Beschlüsse der Reichstagssession in dieser Sache auch gerade umsetzt. Durch die möglichst bestmögliche Erledigung der allseitig als begründet anerkannten Beschlüsse über den hochwassergefährlichen Zustand der unteren Oder, der unteren Spree und der unteren Spree wird eine nicht unbegründete Mitbestimmung in bezuglichen Parteien befristet werden, zu welchen die parlamentarischen Vertreter der betroffenen Gegenden gehören, und es wird so die Genügsamkeit, sich mit der Staatsregierung über die Wasserstraßenpolitik zu verständigen, nicht vermindert, sondern im Gegenteil eher erheblich vergrößert werden. Unter dem Gesichtspunkte der Förderung ihrer wasserwirtschaftlichen Pläne könnte die Staatsregierung daher nichts Zweckmäßigeres tun, als die freisinnigen Aufregungspläne dem Landtage noch in diesem Herbst vorweg als selbständige Vorlage und ohne Zusammenhang mit der wasserwirtschaftlichen Vorlage zu unterbreiten. Auch diese Erwägungen fallen für die Anberaumung eines früheren Termins für die Landtagssession und die Einberufung des Landtages von Bedeutung ins Gewicht. Sollte die Staatsregierung erst in der nächsten Session mit großen gesetzgeberischen Aufgaben, wie a. B. dem Schuldenloosungs, an den Landtag herantritt, so wäre eine Einberufung derselben vor Weihnachten ohnehin nicht zu umgehen, weil andererseits, wenn die Tagung sich nicht weit in den Sommer hinein erstrecken soll, an deren Erledigung nicht abzusehen werden kann.

* **Der Hochwasserbeschuss der Provinz Posen** ist begünstigt durch den „Post. Ztg.“ zufolge, auf drei Millionen. Nach dem „Grand. Gesell.“ ist für den Kronrat ein Bericht ausgearbeitet worden, der eine Zusammenstellung sämtlicher Schäden in Westpreußen enthält. Aus dem Regierungsbüro B. a. r. i. e. n. e. r. b. e. r. ist ein Gesamtbild von rund einer Millionen angefertigt worden.

* **Starmark-Politik.** Die Anschließungscommission ist neuerdings wiederholt angegriffen worden, weil sie keinen politischen auch deutsche Güter angekauft hätte. Dem gegenüber ist nun in einer Schrift von Dr. Leo Wagner „Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen und die Provinz Posen“ darauf hingewiesen, daß diese im förmlichen Besitz oder im Eigentum von außerhalb wohnenden Magnaten befindlichen Territorien von Ber-

